

Mitschrift Pressekonferenz

Montag, 31. August 2020

per E-Mail teilen, Regierungspressekonferenz vom 31. August 2020

per Facebook teilen, Regierungspressekonferenz vom 31. August 2020

Sprecher: StS Seibert, Alter (BMI), Nauber (BMG), Collatz (BMVg), Burger (AA), Brandt (BMEL), Baron (BMWl), Jambo (BMBF)

Vorsitzende Wefers eröffnet die Pressekonferenz und begrüßt StS Seibert sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien.

StS Seibert: Guten Tag, meinen Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf die Demonstrationsereignisse hier in Berlin an diesem Wochenende eingehen. Wir haben am Wochenende ein Beispiel dafür erlebt, wie aus einer Demonstration heraus von einigen das Demonstrationsrecht, die Demonstrationsfreiheit missbraucht worden ist. Das Recht auf friedliche Demonstration ist natürlich auch in Zeiten der Pandemie ein ganz hohes Gut. Sie haben mich und die verschiedenen Kollegen hier dies immer wieder hochhalten hören. Nun hatten wir am Wochenende einen klaren Missbrauch dieses Rechts. Das Ergebnis waren schändliche Bilder am Reichstag, die so nicht hinzunehmen sind, Antidemokraten, die sich auf den Stufen unseres demokratischen Parlaments breitzumachen versuchten. Ein solches Verhalten wie auf der Reichstagstreppe, viele der Sprüche, der Fahnen, der Plakate, die da am Wochenende zu sehen waren, die Wahnvorstellungen, die mancher da verbreiten wollte - das entlarvt sich selbst.

Natürlich muss immer über Maßnahmen debattiert und gestritten werden, erst recht in einer so beispiellosen Herausforderung, wie es die Pandemie ist, in der wir ständig dazulernen. Dafür gibt es die demokratische Auseinandersetzung - in Parlamenten, in Bund und Ländern. Dafür gibt es eine freie Presse und eine kritische Öffentlichkeit. Dafür gibt es auch Demonstrationen, bei denen sich die Teilnehmer an die Regeln und Auflagen

halten.

Ich möchte im Namen der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin nach diesem Wochenende im Besonderen den drei Polizisten danken, die zunächst alleine für uns alle den Eingang zu unserem Parlament verteidigt haben. Das war geistesgegenwärtig und tapfer. Dann möchte ich allen Polizistinnen und Polizisten danken, die am Wochenende bei dieser Veranstaltung im Einsatz waren und versucht haben, einen ordnungsgemäßen Ablauf zu gewährleisten. Den verletzten Polizistinnen und Polizisten wünsche ich eine gute und rasche Besserung. Sie alle verdienen unsere Anerkennung. Sie alle sollen wissen und spüren, dass wir hinter ihnen stehen.

Schließlich möchte ich der überwiegenden Mehrheit der 83 Millionen Menschen in diesem Land danken, nämlich all denen, die sich in dieser Pandemie, auch wenn es nicht immer leichtfällt, vernünftig, umsichtig und rücksichtsvoll verhalten und die die Regeln einhalten. Die Szenen dieser Demonstration am Wochenende sollten uns nämlich nicht den Blick darauf verstellen, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland anders denkt und anders handelt als die Demonstranten von Berlin und dass Deutschland deswegen bisher insgesamt so gut durch die Pandemie gekommen ist.

Frage: Herr Seibert, erwartet die Bundeskanzlerin, dass bei diesen Demonstrationen am Wochenende und auch bei denen, die noch folgen werden, eine klare Abgrenzung stattfindet zwischen besorgten Bürgern und Menschen, die vielleicht Impfgegner sind, die „Hare Krishna!“ oder andere Dinge rufen und sich dort durchsetzen wollen? Erwartet die Bundeskanzlerin da eine klarere, eindeutige Abgrenzung gegenüber Rechtsextremisten?

Die zweite Frage dazu: Welche Konzepte hat die Bundesregierung, um dieser Melange aus völlig unterschiedlichen Interessengruppen und Ideologien Herr zu werden? Sonst werden sich diese Bilder ja fortsetzen.

StS Seibert: Ich möchte darauf verweisen, was ich gerade gesagt habe. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland, über 80 Millionen Menschen, verhält sich in dieser Pandemie ganz offensichtlich ganz anders.

Sie halten sich an die Regeln, sie halten Abstand, und sie benutzen Masken. Das ist nicht immer leicht und fällt nicht immer jedem leicht, aber die überwiegende Mehrheit tut es. Deswegen möchte ich sehr dafür plädieren, dass wir das Demonstrationsgeschehen am Wochenende nun nicht für die Verkörperung eines großen Teils der Bevölkerung halten. Man muss natürlich damit umgehen. Das ist zunächst einmal auch eine polizeiliche Herausforderung bei solchen Demonstrationen. Dort, wo klare Auflagen gemacht werden, muss die Polizei natürlich auch darauf schauen - das ist dann auch geschehen -, ob das geschieht.

Ich habe jetzt hier keine Erwartungen an Menschen auszusprechen, außer das: Wenn eine Demonstration unter bestimmten Auflagen genehmigt wird, dann hat man sich an diese Auflagen zu halten. Nur dann kann die Demonstration, wie geplant, stattfinden.

Es ist schon so, dass sich jeder auch überlegen muss: Mit wem marschiere ich denn da? Wer ist denn da alles noch dabei? Werden da Haltungen vertreten, mit denen ich tatsächlich eine Übereinstimmung habe oder mit denen ich auch gemeinsam auf der Straße gesehen werden soll?

Zusatzfrage: Sie haben jetzt die Verantwortung vor allem an die Polizei abgegeben. Die zweite Frage war: Welche Ideen oder Konzepte hat möglicherweise die Politik, die Bundesregierung, um sich argumentativ mit dieser Melange, würde ich es einmal nennen, aus Ideologien, die da auf einem Haufen sind, auseinanderzusetzen? Denn eine politische Auseinandersetzung muss es immer geben. Die erwartet auch die Kanzlerin bei allen möglichen Konflikten auf der Welt und auch in Deutschland.

StS Seibert: Ich habe nicht die Verantwortung auf die Polizei abgeschoben. Das war jedenfalls sicherlich nicht meine Absicht. Die Polizei ist dafür da, dass sie genehmigte Demonstrationen so begleitet, dass die entsprechenden Auflagen und Regeln auch eingehalten werden. Das ist die Rolle der Polizei. Die haben die Polizistinnen und Polizisten am Wochenende unter sehr schwierigen Umständen auch wahrgenommen.

Das, wonach Sie fragen, ist nicht so pauschal zu beantworten. Wenn es darum geht, dass es Impfgegner gibt, wird es immer die Aufgabe auch der

Bundesregierung sein - aber nicht nur der Bundesregierung -, darzulegen, welcher enormer Segen die Verfügbarkeit von Impfstoffen für die ganze Menschheit ist. Wir haben gerade in der letzten Woche die wirklich erfreuliche Nachricht von der WHO bekommen, dass ganz Afrika nun wegen der Impfung frei von Kinderlähmung ist. Das ist ein wunderbarer Fortschritt.

Mir persönlich ist schwer verständlich, warum sich Menschen hier so positionieren, wie sie das tun. Wir können immer nur unsere Argumente dagegensetzen. Das müssen auch die Ärzte tun. Das muss auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung tun. Das geschieht ja. So gibt es verschiedene Punkte, an denen man natürlich in eine sachliche und vor allem respektvolle Auseinandersetzung miteinander eintreten kann. Aber am Wochenende waren auch Menschen zu sehen - das waren nicht ganz wenige -, die überhaupt nicht eine respektvolle, sachliche Auseinandersetzung anstreben.

Frage: Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung, und zwar an das BMI. Es wurden Fahnen des Deutschen Reiches und Russlands in trauter Einheit die Treppen hinaufgetragen. Das zeigt doch schon die Einflussnahme Putins auf unsere Innenpolitik. Da wäre jetzt die Frage: Was tut die Bundesregierung, um beim Thema Desinformation eine gewisse Resilienz in der Bevölkerung aufzubauen?

Alter: Sie haben mit Ihrer Fragestellung im Grunde genommen schon zugeordnet, worum es sich handelt. Sie unterstellen, dass die Demonstrationsteilnehmer von außen gesteuert worden seien. Wir haben da im Moment eine etwas zurückhaltendere Sichtweise. Wir sehen zunächst einmal das, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten gesehen haben, nämlich dass die Proteste gegen die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie von einer ganz bunten Mischung unterschiedlicher Interessenträger geprägt sind. Da sind alle möglichen Themen und Thesen im Raum. Demzufolge werden natürlich auch alle möglichen optischen Symbole zu sehen sein.

Wir haben das Thema Desinformation in den vergangenen Monaten einer verschärften Prüfung unterzogen. Dazu gibt es auch hausintern bei uns eine Analyse. Wir kommen zu dem Ergebnis, dass das Thema zwar präsent ist, aber dass man es derzeit auch nicht überbewerten sollte.

Frage: Herr Alter, sehen Sie aufgrund der Aktion, die es da gegeben hat, die Notwendigkeit, jetzt auch Bundesliegenschaften anders schützen zu lassen? Gibt es bei Ihnen Überlegungen dazu? Denn das hat ja gezeigt, wie einfach es ist, den Zaun zumindest vor den Stufen des Reichstags zu durchbrechen. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, sehen Sie keine Desinformation. Aber sehen Sie trotzdem einen starken Einfluss von rechtsradikalen Kräften, vor allem bei dem Versuch, die Reichstagsstufen zu stürmen?

Herr Seibert, ich habe noch eine Frage zu Herrn Spahn - das geht letztlich in dieselbe Richtung -: Sie hatten auch den Dialog betont. Aber Herr Spahn hat jetzt eher die Erfahrung gemacht, dass ein Dialogangebot mit Niederschreien und Anspucken quittiert wurde. Würden Sie sagen, dass ein Dialog mit Gegnern einer bestimmten Politik überhaupt noch möglich ist?

Alter: Zu der ersten Frage, dem Schutz von Objekten auf Bundesebene, ist zu sagen: Wir haben im Moment eine Aufgabenteilung auch innerhalb Berlins, die darin besteht, dass einige Schutzobjekte - wie das Schloss Bellevue und auch das Bundesinnenministerium - von Bundeseite geschützt werden und dass andere Einrichtungen - wie etwa das Reichstagsgebäude, jedenfalls im Außenobjektschutz - in der Zuständigkeit der Polizei Berlin liegen. Das ist ein Zuständigkeitszuschnitt, der jedenfalls bisher durchaus funktioniert hat. Nichtsdestotrotz sollte und muss das gesamte Wochenende in allen möglichen Aspekten natürlich jetzt einer Nachbetrachtung unterzogen werden; das wird auch geschehen. Ob es dann in der Folge zu Veränderungen bei den Zuständigkeiten kommt, kann man jetzt an dieser Stelle wirklich noch nicht bewerten.

Die Polizei Berlin hat an vielen Stellen am Wochenende gute Arbeit geleistet. Dennoch müssen Schlussfolgerungen geprüft und gegebenenfalls auch gezogen werden.

Zu dem zweiten Teil Ihrer Frage: Das Bundesamt für Verfassungsschutz, die

Verfassungsschutzbehörden haben bereits im Vorfeld der Veranstaltung in der vergangenen Woche darauf hingewiesen, dass sie eine stärkere Mobilisierung und einen stärkeren Einfluss von rechtsextremen Gruppen in diese Proteste hinein beobachten können. Das war den Behörden bekannt. Das ist auch das, was die Behörden stets gesagt haben. Bislang ist es den Rechtsextremen nicht gelungen, die Proteste gegen die Coronamaßnahmen vollständig für sich zu instrumentalisieren.

Am Wochenende haben wir eine Szene erlebt, bei der auch ganz klar Rechtsextreme erkennbar waren. Hier kann man nur noch einmal darauf hinweisen - dies hat auch Herr Seibert gerade getan -: Jeder muss für sich prüfen, in wessen Präsenz, in wessen Gegenwart er gesehen und wem er da zugeordnet werden möchte, wenn er seiner Meinung bei Coronaprotesten Ausdruck verleiht.

StS Seibert: Zu der Frage nach dem, was Jens Spahn in Bergisch Gladbach im Wahlkampf geschehen ist, und zu dem, was man davon erfahren hat: Das ist natürlich ein ganz übles Verhalten. Wer einen Politiker nur beschimpft und sogar bespuckt, der will ganz sicherlich keinen demokratischen Dialog. Herr Spahn ist jemand, der bereit ist zu sprechen. Das Verhalten der Menschen dort in Bergisch Gladbach hat aber klargemacht: Das ist überhaupt nicht das, was sie wollen, sondern sie wollen diese brachiale Form des Protests, der nirgends hinführt.

Frage: Ich habe Fragen zum Gesundheitsaspekt, vielleicht auch an das BMG. Herr Seibert, es gab ja nicht nur diese Demo von Rechtsextremisten, Verschwörungstheoretikern à la QAnon und Reichsbürgern vor dem Reichstag, sondern auch eine separate Demo an der Siegessäule mit ca. 20 000 Menschen. Dort wurde kaum bis gar kein Abstand gehalten. Man hat sich gegen entsprechende Polizeiauflagen geweigert. Masken wurden überhaupt nicht getragen. Auch ich war vor Ort. Wie bewerten Sie das aus gesundheitlicher Sicht im Hinblick auf die Coronapandemie?

Herr Alter, zu den Prioritäten der Polizei: Auch die Bundespolizei war im Einsatz. Wie bewerten Sie denn, dass Wasserwerfer der Polizei ausschließlich bei Gegendemos von links waren, die sich also gegen die Hetze, gegen das Coronaleugnerium gewehrt haben? Wie bewerten Sie, dass die Polizei dort Wasserwerfer parat hatte, aber nicht zum Beispiel vor

der russischen Botschaft oder am Reichstag?

Noch ein Hinweis an den Kollegen in Sachen Desinformation: Vor dem Reichstag waren Flaggen von den USA, vom Deutschen Reich und auch der Türkei zu sehen. Auch mit denen ist in Richtung Reichstagsgebäude gestürmt worden. Desinformation ist auch, jetzt davon zu sprechen, dass das russische Flaggen waren.

Vorsitzende Wefers: Dazu haben Sie keine Frage?

Zusatz: Nein. Das war nur ein Hinweis.

StS Seibert: Für Fragen zum konkreten Einsatz bin ich als Regierungssprecher nicht zuständig. Die wären an die Polizei und an die Leitung der Berliner Polizei zu richten.

Ich will nur grundsätzlich sagen: Die Auflagen, unter denen Demonstrationen in diesen Pandemiezeiten erlaubt sind, also Auflagen wie Abstand halten und Maske tragen, sind sinnvoll. Jeder ist aufgefordert, sie auch einzuhalten. Jeder ist aufgefordert, auch an die Menschen zu denken, die er vielleicht bei seiner Rückreise vom Demonstrationsort in der Bahn oder sonst wo trifft. Niemand hat ein Recht, sich über solche Auflagen hinwegzusetzen und zu sagen: Das ist mir doch egal. Ich gefährde dann möglicherweise Menschen, die gar nichts mit dem ganzen Geschehen zu tun haben, die ich auf der Rückreise treffe. - Deswegen sind diese Auflagen sinnvoll.

Alter: Zu dem Einsatz von polizeilichen Einsatzmitteln wie Wasserwerfern kann ich nur ganz allgemein sagen, dass die Polizei eine Prognose trifft, an welcher Stelle des Polizeieinsatzes diese Mittel erforderlich sein könnten. Dabei werden bestimmte Örtlichkeiten in Betracht gezogen, wo es Sinn macht, solche Einsatzmittel wie etwa Wasserwerfer aufzustellen. Aber es findet ganz sicherlich keine Prognose statt, dass das nur in diesem oder jenem Spektrum erforderlich sein soll.

Wir haben am Wochenende eine Situation erlebt, bei der an ganz vielen Stellen in Berlin Demonstrationsgeschehen in beachtlichem Ausmaß festzustellen war. Die Polizei schätzt ein, an welcher Stelle was notwendig ist. Da liegt sie in vielen Fällen richtig; an manchen Stellen muss sie korrigieren. Das hat die Polizei auch am vergangenen Wochenende getan. Insofern ist Ihre Behauptung sachlich nicht nachzuvollziehen.

Zusatzfrage: Haben Sie Kenntnisse darüber, dass Wasserwerfer außer bei Gegendemos eingesetzt wurden?

Alter: Ich habe keine konkreten Kenntnisse darüber, an welchen Stellen die Wasserwerfer gestanden haben. Ich habe lose Kenntnisse darüber, dass Wasserwerfer auch in Reichstagsnähe eingesetzt wurden. Das ist auch in den TV-Nachrichten zu sehen gewesen. Nichtsdestotrotz kann ich das von dieser Stelle aus nicht bewerten und einordnen. Das ist eine Einschätzung, die die zuständige Behörde trifft. Sie liegt an vielen Stellen auch richtig.

Frage: Ich habe eine Frage an Herr Seibert und eine Frage an Herrn Alter.

Herr Seibert, bei den Demonstrationen kommt aber doch offenbar auch zum Ausdruck, dass eine nicht geringe Zahl von Menschen gewisse Zweifel hat, ob die Entscheidungen der Bundesregierung hinreichend breit und tief zwischen den diversen Positionen, die mit Corona zu tun haben, diskutiert worden sind. Das ist eine Legitimationsfrage. Es gibt aus dem parlamentarischen Raum den Vorschlag oder die Forderung nach einem Pandemierat, der so etwas auf breiterer Ebene diskutieren und dann auch öffentlich transparent machen könnte. Erwägt die Bundesregierung, ein solches Gremium einzurichten?

Die Frage an Herrn Alter ist: Es ist bekannt geworden, dass offenbar mindestens drei aktive oder ehemalige Polizeibeamte - ich glaube, aus Bayern - als Aktivisten aufgetreten sind und dass da auch die Bundespolizei im Einsatz war. Gibt es auch Fälle, bei denen Bundespolizisten in vergleichbarer Form aufgetreten sind? Wird das überprüft? Wie ist eigentlich auch über Dienstverhältnisse hinaus die Loyalitätspflicht von Polizisten generell einzuschätzen?

StS Seibert: Ihre Frage nach der Legitimität der Entscheidungen, die in Bund und Ländern in Sachen Coronapandemie getroffen wurden, kann ich nicht nachvollziehen. Demokratisch gewählte Regierungen sind nach sehr öffentlich nachzuvollziehenden Diskussionen sowohl in Parlamenten als auch bei Beratungen zwischen Bund und Ländern, über die anschließend auch immer Auskunft gegeben wird, zu diesen Entscheidungen gekommen.

Die Bundesregierung hat natürlich Verständnis dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger Sorgen machen und sich fragen: Wie lange müssen bestimmte Maßnahmen noch aufrechterhalten werden? Sind diese Maßnahmen noch verhältnismäßig? - Das muss man immer wieder neu begründen, immer wieder neu darstellen und, ja, auch immer wieder neu diskutieren.

Ich kann Ihnen zu dem jetzt aufgekommenen Gedanken eines Pandemierats an diesem Montagmorgen, ehrlich gesagt, keine Position der Bundesregierung nennen.

Alter: Jeder Polizeibeamte und jeder Beamte darf eine eigene Meinung haben; das ist völlig klar. Aber wenn man sich in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis begibt und Beamter wird, dann ist das eben ein besonderes Verhältnis, das auch mit besonderen Pflichten verbunden ist. Es gibt die Beamtenpflicht der politischen Mäßigung. Es gilt das Mäßigungsgebot. Das ist eine wichtige Pflicht, die von allen einzuhalten ist und die auch bei denjenigen Beamten, die zu Beginn ihrer Dienstzeit einen Eid ablegen, Gegenstand ist, nämlich zur Verfassung zu stehen. Insofern sind wir da in einer Situation, bei der man im Einzelfall prüfen muss, ob die Aktivitäten Beamtenpflichten berühren.

Einen Schritt weitergehend, muss man im Einzelfall prüfen, ob aus dem Verhalten abzuleiten ist, dass der- oder diejenige nicht mehr auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht. Dann wird das innerdienstliche Konsequenzen haben müssen, gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen. Aber die Meinungsfreiheit gilt zunächst einmal grundsätzlich auch für Beamte, jedenfalls in ihrem privaten Umfeld und mit Einschränkungen auch in Ausübung ihres Dienstes.

Wir haben keine Kenntnis darüber, dass es aktuell Fälle von Beamten der Bundespolizei gibt, die in dieser Hinsicht aufgefallen sind. Aber ich bitte um Verständnis: Auch ich habe heute, an diesem Montagmorgen, noch keinen vollständigen Überblick. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir keine Hinweise darauf.

Zusatzfrage: Herr Seibert, möglicherweise habe ich mich nicht klar ausgedrückt. Ich habe in keiner Weise die Legitimität der Entscheidungen infrage gestellt. Meine Frage war, ob die Bundesregierung aus der Tatsache, dass sich vielleicht bei einer wachsenden Zahl von Menschen die Frage einer übermittelten Legitimation der Entscheidungen stellt. Schlüsse zieht. Es ist nicht meine These, sondern es ist eine Beobachtung, mit der ich vielleicht auch nicht alleine bin, dass Menschen fragen: Ist das eigentlich hinreichend und tief und breit genug? - Es sind auch kontroverse Positionen diskutiert worden. Deswegen kam der Vorschlag für einen Pandemierat.

StS Seibert: Dann danke ich für die Richtigstellung. Es bleibt bei meiner Antwort.

Frage: Herr Seibert, der Bundespräsident hat die Vorfälle vor dem Reichstagsgebäude einen „Angriff auf das Herz unserer Demokratie“ genannt. Würde auch die Bundeskanzlerin das so bewerten, oder ist das vielleicht zu viel des Guten und wertet die Aktion unnötig auf?

StS Seibert: Ich habe gerade für die Bundeskanzlerin gesprochen. Man kann das Geschehen vom Samstag und Sonntag mit ganz unterschiedlichen Worten und Begriffen charakterisieren. Der Bundespräsident als unser Staatsoberhaupt hat sich ausgedrückt. Ich habe das nicht zu kommentieren. Aber ich denke, dass Sie in der Haltung, die er ausgedrückt hat, die auch der Bundestagspräsident und zahlreiche Minister am Wochenende ausgedrückt haben, und in dem, was ich gerade gesagt habe, eine sehr große Übereinstimmung finden werden.

Frage: Herr Seibert, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, die Vorfälle am Reichstag gingen aus der großen Coronademo heraus. Jetzt

haben sich diese „Querdenker“ als Orgakomitee explizit davon distanziert und erklärt, dass die Demo, die zu dem Vorfall am Reichstag führte, eine Paralleldemo war, die noch zusätzlich angemeldet wurde und nichts mit der von „Querdenken“ organisierten Demo zu tun hatte. Da würde mich interessieren: Wie ist dazu der Wissensstand beim BMI? Erfolgte dieser Sturm und dieser Vorfall am Reichstag aus der Großdemo heraus, oder war das tatsächlich eine extra angemeldete Demo von anderen Demoverantwortlichen?

Alter: Das Bundesinnenministerium hat im Vorfeld des vergangenen Wochenendes verschiedene Veranstaltungen genehmigt, die innerhalb der sogenannten Bannmeile, also innerhalb der befriedeten Bezirke, stattfanden. In diesem Zusammenhang gab es auch eine Veranstaltung, die dazu diente, zum Großen Stern zuzuführen. Das war eine Veranstaltung, die das Ziel hatte, sich am Großen Stern mit anderen Demonstrationsteilnehmern zu vereinigen. Das ist insofern behördlich genehmigt gewesen.

Wir haben allerdings jetzt keine konkreten Kenntnisse, wo genau diese Situation am Reichstag resultierte und aus welcher Veranstaltung sie entstanden ist, und können das insofern nicht klar benennen.

Zusatzfrage: Zumindest in sozialen Medien wird auch über den Einsatz von V-Leuten bei dieser Aktion spekuliert.

Vorsitzende Wefers: Jetzt stellen Sie aber eine neue Frage und keine Nachfrage.

Zusatz: Das ist eine Nachfrage zu einem weiteren Thema. Es ist üblich, dass das nicht eins zu eins eine Nachfrage ist.

Vorsitzende Wefers: Wir haben noch einige Fragesteller. Wenn Sie die Kollegen noch ein bisschen warten lassen möchten, fragen Sie bitte.

Zusatzfrage: In den sozialen Medien kursieren auch Verweise auf die

Präsenz von V-Leuten bei dieser Aktion. Gibt es dazu eine Einschätzung, eine Wissenslage des BMI?

Alter: Wir haben keine konkreten Informationen darüber, wer wann wo im Einsatz gewesen ist. Das ist eine Einsatzlage der Berliner Polizei gewesen. Aber Sie können davon ausgehen, insbesondere bei der Prognose der Berliner Behörden noch in der vergangenen Woche, dass alle Behörden, die eine rechtliche Zuständigkeit haben, auch im Einsatz gewesen sind.

Frage: Herr Seibert, ich habe zwei Fragen: Erstens. Hat die Bundeskanzlerin denn Verständnis dafür, dass es der Berliner Polizei am Samstag nicht gelungen ist, das Reichstagsgebäude trotz recht großer Präsenz vor Ort hier in Berlin zu schützen? Viele Menschen verstehen nicht, dass da am Ende nur drei Polizisten standen, um den Sturm auf das Gebäude oder dessen Betreten zu verhindern.

Die zweite Frage: Befürchtet die Kanzlerin als Folge solcher Bilder nicht auch einen gewissen Imageschaden für Deutschland? Die wurden vielleicht auch in der israelischen Presseberichterstattung gezeigt. Auf jeden Fall weiß ich das von der US-Presse. Dort sind Bilder mit Reichskriegsflaggen vor dem Reichstag gezeigt worden. Das kann man schwer nachvollziehen.

StS Seibert: Bilder wie die vom Samstag müssen sicherlich auch gegenüber unseren Freunden im Ausland erklärt und eingeordnet werden. Das ist eine Aufgabe, die man bei Gesprächen mit ausländischen Gesprächspartnern hat. Das ist eine Aufgabe, die im Übrigen auch die Presse hat.

Ansonsten haben Sie gehört, dass ich hier für die Bundesregierung allen Polizistinnen und Polizisten, die in diesem sehr schweren Einsatz waren, ausdrücklich gedankt habe. Weitere Äußerungen zu dem Einsatz stehen mir nicht zu.

Zusatzfrage: Gab es vielleicht schon Anrufe von anderen Staats- oder Regierungschefs, die einmal bei der Kanzlerin nachgefragt haben, was da eigentlich genau passiert ist?

StS Seibert: Davon weiß ich nichts. Ich habe nichts dazu zu berichten.

Frage: Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Alter vom BMI. Ich habe verstanden, dass der Bundesinnenminister die Menschen vor dem Reichstagsgebäude Chaoten und Extremisten genannt und dass er deren Verhalten dort verurteilt hat. Ich möchte Sie fragen: Warum sagt das BMI nicht etwas deutlicher, dass das nicht nur Chaoten oder Extremisten gewesen sind, sondern dass es sich dabei um Neonazis, Reichsbürger, Rechtsextremisten und auch Verschwörungstheoretiker gehandelt hat? Schließen Sie sich dem an, dass es sich dabei auch um diese Gruppe gehandelt hat? Könnten Sie etwas mehr dazu sagen?

Die zweite Frage geht an Herrn Seibert. Sie haben gerade auch gesagt, dass dieses Geschehen international wahrgenommen wird, dass man das dann vielleicht in bilateralen oder internationalen Gesprächen einordnen muss und dass das auch die Aufgabe der Presse ist.

StS Seibert: „Auch die Aufgabe der Presse“, habe ich gesagt.

Zusatzfrage: Ja, das habe ich gut verstanden. Das ist auch eine Aufgabe der Presse.

Ist dadurch vielleicht das internationale Image der Bundesrepublik beschädigt, nachdem wir gesehen haben, was da geschehen ist, nämlich dass nur drei Polizisten vor Ort waren, um den Eingang des deutschen Parlaments zu schützen? Stellen Sie fest, dass Deutschlands Image durch diese Vorgänge jetzt doch etwas beschädigt ist?

StS Seibert: Diese Bewertung überlasse ich voll und ganz Ihnen. Ich denke, unsere Freunde im Ausland wissen sehr genau, dass Deutschland eine starke und wehrhafte Demokratie ist.

Zusatzfrage: Sie glauben nicht, dass das internationale Image durch diese

Bilder von den drei Polizisten doch etwas beschädigt ist?

StS Seibert: Ich habe dazu vorhin das gesagt, was ich dazu zu sagen habe. Das sind Bilder, die man erklären und einordnen muss.

Alter: Der Bundesinnenminister hat sich am Samstag unmittelbar nach dem Geschehen geäußert. Er hat sich so geäußert, wie er das in Betracht auf den Sachverhalt, wie wir ihn zu diesem Zeitpunkt bewerten konnten, für richtig hielt.

Sie haben natürlich vollkommen Recht - und das habe ich auch vorhin gesagt -: Wir haben es bei den Demonstrationsteilnehmern, insbesondere bei der Gruppe, die wir am Reichstag gesehen haben, mit einer ganz unterschiedlichen Mischung zu tun. Dort waren Menschen dabei, die zu Recht den Begriff Nazi oder Neonazi verdient haben. Dort waren Extremisten dabei. Dort waren Reichsbürger dabei. Dort waren aber auch andere Menschen dabei, bei denen wir möglicherweise etwas vorsichtiger sein sollten, sie mit einem Begriff zu umschreiben. Deswegen haben wir uns genau so ausgedrückt, wie wir das getan haben.

Fakt ist doch eins: Es ist eine Absperrung überwunden worden, um auf die Reichstagstreppe zu gelangen. Niemand, der sich auf dieser Treppe befunden hat - egal aus welcher Absicht heraus -, hat ein Recht dazu gehabt. Alle Personen, die das getan haben, haben gegen die Regelung verstoßen, die der Staat macht.

Auch dazu hat sich der Bundesinnenminister geäußert. Das Versammlungsrecht, die Versammlungsfreiheit, ist ein hohes Gut, das gerade in Krisenzeiten gewährleistet sein muss. Aber es findet eben da seine Grenzen, wo die allgemeinen Regelungen und Gesetze Schranken aufweisen. Das ist am Reichstag ganz eindeutig von allen Teilnehmern missachtet worden.

Frage: Unter den Corona-Demonstranten, auch unter denen, die den Reichstag stürmen wollten, waren zahlreiche mit amerikanischen Flaggen und Trump-Plakaten. Viele identifizieren sich mit Präsident Trump und der

Verschwörungsplattform QAnon. Wie besorgt ist die Bundesregierung, dass Anhänger des amerikanischen Präsidenten die deutsche Demokratie angreifen?

StS Seibert: Ich möchte hier nicht alle Plakate und Fahnen kommentieren, die ich an diesem Wochenende gesehen habe. Bei QAnon handelt es sich selbstverständlich um eine wüste und vollkommen ohne jede Faktenbasis daher kommende Verschwörungstheorie, von der man nur hofft, dass möglichst viele sie sehr schnell durchschauen.

Frage: Eine Nachfrage an Herrn Alter zu den Zuständigkeiten der Polizei: Ich habe jetzt gelernt, dass der Deutsche Bundestag eine eigene Polizei hat - mit Zuständigkeiten, die Verfassungsrang haben - und andere Polizeien dort gar nichts zu sagen haben. Diese Zuständigkeit erstreckt sich offenbar auch auf das Gelände.

Dann ist die Frage, die ich Ihnen jetzt gern stellen würde: Wäre es dann nicht Aufgabe der Bundestagspolizei gewesen, das Gebäude zu schützen?

Alter: Sie haben richtig festgestellt, dass die Zuständigkeit für das Reichstagsgebäude Aufgabe der Bundestagspolizei ist, jedenfalls im Inneren des Gebäudes und auch, was das unmittelbar angrenzende Gelände angeht.

Das grenzt aber auch an die Zuständigkeitsbereiche des Landes Berlin. Wir haben seit vielen Jahren eine gute Kooperation zwischen den Behörden. Es kommt immer wieder dazu, dass entweder das Land Berlin oder die Bundestagspolizei Amtshilfe an die Bundespolizei richten. Auch da unterstützen wir.

Wir haben also ein Zuständigkeitsgeflecht, das unseren föderalistischen Aufbau in Deutschland wiedergibt. Bistlang gab es jedenfalls keine grundsätzlichen Zweifel daran. Ich kann nur noch einmal dafür plädieren, dass die Situation vom vergangenen Wochenende jetzt in aller Sachlichkeit betrachtet wird. Dann wird man sehen, ob Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

Zusatzfrage: Ist Ihnen denn bekannt, ob da ein Ersuchen auf Amtshilfe gestellt worden ist? Läuft so etwas dann dauerhaft?

Alter: Mir ist bekannt, dass die Bundespolizei auch für das Land Berlin mit etwa 200 Einsatzkräften im Einsatz war. Daneben hatte sie knapp 900 Einsatzkräfte im eigenen Aufgabenbereich. An welchen Stellen diese Unterstützung im Verlauf des Einsatzes erfolgt ist, das kann ich hier nicht nachvollziehen.

Frage: Eine Nachfrage an das Gesundheitsministerium zu den Vorgängen in Bergisch Gladbach: Herr Spahn hat der „Rheinischen Post“ gesagt, Diskussionen gehörten zur Demokratie, würden aber nur funktionieren, wenn beide Seiten bereit seien zuzuhören. Nur wenn geschrien, gespuckt und gepöbelt werde, gehe es halt leider nicht. - Es entsteht ja der Eindruck, er ist bespuckt worden.

Nun sagt die Polizei in Bergisch-Gladbach in einer Mitteilung: Aktuell liegen der Polizei keine Erkenntnisse vor, dass Herr Spahn bespuckt worden ist. - Können Sie die Unklarheit auflösen, bitte?

Nauber: Der Minister hat, wie Sie mitbekommen haben, am Samstag nach einer Wahlkampfveranstaltung in Bergisch Gladbach versucht, mit Demonstranten ins Gespräch zu kommen. Das war nicht möglich. Er ist von den Demonstranten in der Tat angeschrien und bespuckt worden. Das kann ich Ihnen so bestätigen.

Der Minister hat sich dazu heute Morgen noch einmal bei „RTL“ geäußert. Ich darf ihn noch einmal zitieren:

Es geht nicht um absolute Wahrheiten. Es geht am Ende um das Abwägen von Sicherheit, Gesundheitsschutz und Alltag und Freiheit. Dabei finde ich es wichtig, miteinander zu reden und sich nicht gegenseitig niederzuschreiben. Das ist nicht die Form des Dialogs, die weiterhilft. Wir sollten versuchen, immer wieder ins Gespräch zu kommen. Das Angebot mache ich, und das

bleibt. Aber zum Gespräch gehört die Bereitschaft auf beiden Seiten dazu.

Zusatzfrage: Das heißt, es gibt offensichtlich eine Diskrepanz zu dem, was die Polizei in Bergisch Gladbach weiß. Wird der Minister denn jetzt noch einmal auf die Polizei zugehen und Anzeige, zum Beispiel gegen den Spucker, erstatten? Denn die Polizei weiß ja offensichtlich nicht, dass er angespuckt worden ist. Sonst würde es diese Pressemitteilung von heute Morgen nicht geben.

Nauber: Zu den Äußerungen der Polizei kann ich mich jetzt hier nicht äußern.

Auch zu Ihrer zweiten Frage kann ich Ihnen im Moment nichts mitteilen.

Zusatzfrage: Sie haben jetzt für mich die Diskrepanz nicht auflösen können.

Nauber: Ich kann Ihnen sagen: Er ist von Demonstranten angeschrien und bespuckt worden.

Frage: Noch einmal eine Frage zur Sicherheit des Reichstages: Das Wachbataillon ist ja auch für den Schutz des Regierungssitzes zuständig. Unter welchen Voraussetzungen könnte denn beispielsweise das Wachbataillon als Unterstützung eingesetzt werden?

Collatz: Laut meiner Kenntnis müssen, bevor das Wachbataillon hier eintreten kann, ganz andere rechtliche Voraussetzungen getroffen werden, die nämlich auch der Bundestag selbst feststellen muss. Ich halte diese Option für völlig abwegig.

Frage: Ich habe auch zwei Fragen an Herrn Alter:

Erstens würde ich gern noch einmal auf den Punkt zurückkommen, wer das genau vor dem Reichstag war. Sie haben jetzt gesagt: Wir haben da

Rechtsextreme gesehen, aber das war insgesamt eine bunte Mischung. - Wenn man vor Ort stand, kann man das auch als weniger bunt empfunden haben, würde ich sagen. Das war schon eine sehr eindeutige Demonstration von „Reichsbürgern“ und Rechtsextremen.

Ich würde jetzt gern noch einmal zugespitzt das Bundesinnenministerium fragen: Wer hat denn da die Treppe gestürmt? Waren das Rechtsextremisten, oder war das eine bunte Mischung? Ist nicht die Handlung an sich schon eine rechtsextreme?

Bei der zweiten Frage - verbunden mit einer Lernfrage - geht es um die Diskussion über eine Ausweitung der Bannmeile beziehungsweise um ein Demoverbot in der Bannmeile. Entscheidet das der Bundestag allein, oder haben Sie da auch Aktien drin?

Weil Sie erwähnt haben, dass Sie Demonstrationen dort mitgenehmigen müssen: Werden Sie künftig überlegen, ob Sie von diesem Anmelder, wo es jetzt eben zu dieser Eskalation kam, noch eine Demo genehmigen?

Alter: Zunächst einmal zurück zum Sachverhalt, der sich am Samstag abgespielt hat. Dort sind Personen über eine Absperrung geklettert und in einen Bereich gegangen, in den sie nicht hätten gehen sollen. Das ist ein Szenario, das wir bei vielen Demonstrationen in ganz Deutschland immer wieder feststellen.

Jetzt hat das Reichstagsgebäude eine besondere Bedeutung. Das ist der Unterschied. Aber weil Sie gefragt haben, ob das Überklettern einer Absperrung an sich schon rechtsextrem ist, dazu kann ich Ihnen nur sagen: Da muss man auch ein bisschen behutsam mit den Bewertungen sein, die man vornimmt.

Zu der Gruppierung, die wir da gesehen haben, habe ich mich geäußert. Wir haben dort Rechtsextreme gesehen, augenscheinlich Rechtsextreme. Wir kennen sie ja nicht alle mit Namen und mit ihrer jeweiligen Historie. Wir haben dort „Reichsbürger“ gesehen. Wir haben dort türkische und auch andere Fahnen gesehen. Es war also eine bunte Mischung aus

unterschiedlichen Leuten.

In der Spontanbewertung am Samstag – das gilt auch heute – waren wir einfach vorsichtig, als wir eine größere Gruppe von Personen, die wir erkennen, mit einem Begriff umschreiben sollten. Das tun wir nicht, sondern wir versuchen, die Umschreibung so zu wählen, dass sie das wiedergibt, was man objektiv sehen und einschätzen kann. Weder der Bundesinnenminister noch ich selbst waren am Samstag am Reichstag vor Ort. Deswegen ist es auch richtig, dass man mit einer gewissen Behutsamkeit und Sachverhaltsnähe die Situation umschreibt.

Zum zweiten Teil: Es gibt ja eine gesetzliche Regelung, wie Veranstaltungen innerhalb des sogenannten befriedeten Bezirkes gehandhabt werden. Das ist das Gesetz über befriedete Bezirke von Verfassungsorganen des Bundes vom 8. Dezember 2008. Danach sind im Grundsatz Veranstaltungen unter freiem Himmel und Aufzüge innerhalb der befriedeten Bezirke zuzulassen, wenn Beeinträchtigungen der Tätigkeit des Deutschen Bundestages und seiner Fraktionen, des Bundesrates oder des Bundesverfassungsgerichts sowie ihrer Organe und Gremien und eine Behinderung des freien Zugangs zu ihren in dem befriedeten Bezirk gelegenen Gebäuden nicht zu besorgen ist.

Das war am vergangenen Samstag der Fall. Deswegen sind auf der Grundlage dieser rechtlichen Situation die Veranstaltungen auch genehmigt worden.

Wenn man das ändern wollte, dann müsste der Gesetzgeber tätig werden.

Zusatzfrage: Die letzte Frage zum konkreten Demoanmelder, den Sie ja kannten. Sie haben selbst gesagt, das BMI hatte dem zugestimmt. Werden Sie das künftig anders prüfen? Sehen Sie das inzwischen anders? Hätte man das nicht erlauben sollen?

Alter: Ich kann es nur noch einmal wiederholen. Deswegen habe ich hier gerade auch die Rechtslage zitiert. Es gibt da wenig Ermessensspielraum für das BMI. Die Rechtslage sieht vor, dass eine Veranstaltung zuzulassen ist,

wenn die Tätigkeit der genannten Organe nicht zu befürchten ist. Das war am vergangenen Samstag ganz eindeutig der Fall, und deswegen ist die Veranstaltung - jedenfalls die, die dazu diente, zum großen Stern zu kommen - auch genehmigt worden.

Für die Veranstaltung, die wir am Reichstag gesehen haben, lag ja keine Genehmigung vor, damit wir uns da nicht falsch verstehen. Das ist spontan entstanden, und diese Situation ist eine Situation gewesen, die man wahrscheinlich auch so nicht hätte genehmigen können.

Zusatzfrage: Diese Demonstration von den „Reichsbürgern“ und Rechtsextremen, die da von morgens bis abends mit der großen Bühne stattgefunden hat, war nicht genehmigt? Da verstehe ich Sie jetzt richtig? Ich meine jetzt das, was den ganzen Tag direkt vor den Treppen gelaufen ist. Das war nicht genehmigt und wurde den ganzen Tag zugelassen? - Das sagen Sie quasi gerade.

Alter: Es gab in der Rückbetrachtung des Samstags einige Veranstaltungen, die dem BMI fristgerecht angemeldet wurden. Sie lagen innerhalb des sogenannten befriedeten Bezirks und hatten nach meiner Kenntnis zum Ziel, im Vorfeld dieses Treffens eine sogenannte Zuzugs- oder Zuführungsveranstaltung am großen Stern stattfinden zu lassen. Da sind Veranstaltungen genehmigt worden. Wir können im Moment nicht genau sagen, aus welchen konkreten Geschehen heraus dann die Situation an der Treppe entstanden ist. Aber die Situation an der Treppe, also innerhalb einer Schutzabspernung eines Verfassungsorgans, kann natürlich aus Sicherheitsgründen nicht genehmigt werden.

Ich weiß nicht, ob wir uns jetzt missverstehen.

Zusatz: Ich glaube ja.

Alter: Es gibt Schutzobjekte in Berlin, die von unterschiedlichen Behörden vor dem Eindringen geschützt werden. Dann gibt es Absperrungen, die deutlich machen: Bis hierhin und nicht weiter.

Das, was wir innerhalb der Absperrung gesehen haben, ist nicht genehmigungsfähig, weil es im Sicherheitsbereich stattfindet.

Zusatzfrage: Ich versuche es ein letztes Mal. Ich glaube, wir missverstehen uns wirklich. Wenn ich Sie am Anfang richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, dass diese Demonstration - natürlich nicht die Situation an der Treppe; dass sie nicht legitim war, darüber haben wir geredet -, die direkt hinter den Absperrungen stattgefunden hat, also diese Demonstration mit der Bühne von „Reichsbürgern“ und Rechtsextremen, auch mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums genehmigt war. Oder ist das schon mein erstes Missverständnis?

Alter: Nein, das ist kein Missverständnis. Ich kann noch einmal nachliefern, ob diese konkrete Situation Gegenstand einer Antragstellung gewesen ist. Es würde mich aber wundern. Wenn für diese Veranstaltung keine Genehmigung vorgelegen hätte, dann hätte die Polizei das sicher sehr frühzeitig aufgelöst. Ich prüfe das aber gern noch einmal für diesen konkreten Einzelfall und liefere das gern im Anschluss.